

1. Kapitel

Aspekte der Entwicklung des Arbeitsmarktes – Einleitung

Das vorliegende Handbuch arbeitet einzelne Aspekte der Entwicklung des Arbeitsmarktes und Problemlösungsversuche heraus. Einleitend erfolgt ergänzend zu den einzelnen Fachbeiträgen ein kurzer Rundblick. Aus der Vielzahl an aktuellem Datenmaterial wird an dieser Stelle vorrangig auf den jüngst veröffentlichten Rechnungshofbericht verwiesen.¹ 1.1

Eine der wesentlichen Fragestellungen ist die Frage, in welchem Ausmaß Menschen für eine Erwerbstätigkeit überhaupt dem österreichischen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, also die schlichte Zahl an möglichen Erwerbstädtigen und deren zeitliche Verfügbarkeit für eine Erwerbstätigkeit. Die aktuelle Situation wird in diesem Handbuch im **demographischen Beitrag** von Schöfecker wissenschaftlich fundiert und ausführlich mit dem erforderlichen Zahlenmaterial unterfüttert als der objektive Befund aufgearbeitet. 1.2

Spannend in diesem Zusammenhang ist die Frage, **warum** es – wie auch in anderen vergleichbaren europäischen Ländern – diese **extrem niedrige Zahl an Geburten in Österreich** gibt. Die möglichen Ursachen dafür dürften vorrangig sozialpsychologischer Natur sein, insb Zukunftsängste, das Gefühl der „Last Generation“. Diese Ursachen werden in der öffentlichen Diskussion und in der wissenschaftlichen Diskussion kaum in einem größeren Kontext angesprochen und werden auch nicht in einem größeren gesellschaftlichen Diskurs abgehandelt. Es ist erstaunlich, dass die Ursachen dieses zentralen Problems fast so etwas wie ein Tabu darzustellen scheinen. Dass der objektive Befund der extrem niedrigen Geburtenzahlen glasklar vor uns liegt und dieser Befund trotz umfangreicher staatlicher Maßnahmen zur Förderung von Familie vorliegt, wird auch innenpolitisch zu denken geben. 1.3

Interessant ist weiters die Frage, warum es einen Mangel an Arbeitskräften gibt, obwohl es gleichzeitig eine vergleichsweise hohe Zahl an Arbeitslosen gibt: Die trotz des Arbeitskräftemangels vergleichsweise hohe Arbeitslosigkeit in Österreich offenbart sich vor allem in Bezug auf jene Stellenwerber, die **keine adäquate Ausbildung** (also einen bloßen Pflichtschulabschluss) haben und/oder **Defizite bei der Sprache und beim Schreiben** haben. 1.4

Gesprochen wird in diesem Zusammenhang von einer „**Risikogruppe**“: Die Risikogruppe wurde dabei definiert als Gruppe von Jugendlichen, deren Lesekompetenz nicht ausreichte, um Wissen zu erwerben und verschiedene praktische Probleme zu lösen, bzw deren mathematische Fähigkeiten nicht reichen, um sie in einfachen Situationen des täglichen Lebens anzuwenden: 24%(!) der Schüler in Österreich stehen am Ende der Pflicht- 1.5

1 Rechnungshof Österreich (Hrsg), Bestandsaufnahme Fachkräftemangel. Bericht des Rechnungshofes, Reihe BUND 2024/12 (2024).

schulzeit aufgrund der geringen erworbenen Kompetenzen in dieser Risikogruppe.² Es gibt damit in Österreich einen vergleichsweise hohen Anteil an **Analphabeten** und dies in einem Land mit extrem hohen Ausgaben für das Bildungssystem. Bei einer doch sehr großen Zahl an unqualifizierten Stellenwerbern und insb an Stellenwerbern mit unzureichenden Kenntnissen in Sprache und Schrift ist es nicht verwunderlich, dass trotz nicht unerheblicher Arbeitslosigkeit (nämlich im Bereich dieser Gruppe der unqualifizierten Personen) zugleich Arbeitskräftemangel herrscht (nämlich im Bereich der qualifizierten Stellen). Letztlich geht es bei den Ursachen für diese Phänomene um **allgemeine Fragen der Bildungspolitik**, aber – soweit es um den Zuzug Fremder geht – auch um das Fremdenrecht und die Frage eines **gezielten Zuzugs qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte**.

- 1.6 Dies ist sicher nur eine von vielen relevanten **bildungspolitischen Fragestellungen**: Festzustellen ist etwa eine Überakademisierung mit einer ggf zu langen Ausbildungsdauer ohne einem der Ausbildungsdauer adäquaten Qualitätszuwachs. Weiters wird der Umgang mit **neuen Kommunikationsmedien** und die abnehmende Fähigkeit zur Konzentration auch als bildungspolitisches Thema zu sehen sein.
- 1.7 Wenn wir aus der Geschichte wissen, dass in der Nachkriegszeit die AN in Österreich besonders **motiviert** waren, durch ihre Arbeitsleistung den Wiederaufbau herzustellen, haben wir demgegenüber aktuell die Tendenz, dass trotz eines beifenden Arbeitskräfte- mangs ein Trend zu Frühverrentung und zu Teilzeitarbeit besteht. Es stellt sich in diesem Zusammenhang sehr wohl die Standort- und damit Wohlstandsfrage, wenn Gefahr besteht, dass nicht mehr die erforderlichen Arbeiten gemacht werden, wenn Erwerbstätige offenbar zu wenig Anreiz für ein vollbeschäftigte Arbeiten bis zum Regelpensions- alter sehen.³ Zugleich wird aber von Seiten der AN-Interessenvertretungen ins Treffen geführt, dass seitens der AG viele Arbeitsplätze gar nicht in Vollzeit angeboten werden und damit in Vollzeit gar nicht zur Verfügung stehen.
- 1.8 Das Heben von Potentialen am Arbeitsmarkt könnte auch darin bestehen, **unnötige Arbeitsplätze** überhaupt zu vermeiden, also letztlich ein Aspekt von Rationalisierung. Es geht dabei nicht nur um den Bereich der staatlichen Verwaltung und der als überbordend empfundenen Bürokratie. Im Umfeld von neuen staatlichen Regulatorien bildet sich auch im privaten Bereich ein Heer an Beratern, die auf speziellen Arbeitsplätzen spezielle Tätigkeiten ausüben. Zu denken ist – um vergleichsweise unverfängliche Beispiele zu bringen – an große Compliance-Abteilungen in praktisch allen Großunternehmen, aber etwa auch an das Heer von jenen Experten, die österreichweit für die Abwicklung des Ver- gaberechts als Berater oder als Verantwortliche abgestellt sind, aber auch an die vielen Mitarbeiter, die im Bereich des öffentlichen Dienstes alleine darüber wachen, dass die Personaleinstellungen objektiv über die Bühne gehen, obwohl das verlangte rechtskonforme Verhalten der Personalauswählenden (nämlich eine Personaleinstellung nach Qualifikation) ohnedies klar und zwingend im Dienstrecht als unmissverständliche Dienstpflicht gesetzlich geregelt ist. Hinter der Schaffung dieser eigentlich unnötigen zusätzlichen Arbeitsplätze steht mglw auch eine gewisse Flucht der Führungskräfte aus der in-

2 Rechnungshofbericht, BUND 2024/12, 52 ff.

3 Rechnungshofbericht, BUND 2024/12, 39 ff.

dividuellen Verantwortung hinein in regulierte Gutachterverfahren, die mit einem unglaublichen Arbeitsaufwand für sehr qualifizierte Personen (nämlich die Gutachter) verbunden sind, deren Arbeitskraft anderweitig dringend von Nöten wäre.

Rationalisierung wird aber unweigerlich dort – quasi von selbst – passieren, wo die AG die erforderlichen Arbeitskräfte schlicht nicht mehr bekommen, aber für die betroffenen AG ein Abwandern ins Ausland nicht möglich ist: Beispiel sind die Schreibkräfte in Rechtsanwaltskanzleien, die in vielen auch sehr prominenten Rechtsanwaltskanzleien schon durch spezielle Schreibprogramme abgelöst wurden. **1.9**

Damit ist eine weitere absehbare und durchaus bereits passierende „Lösung“ des Phänomens angesprochen: Insoweit im Inland qualifizierte Arbeitskräfte nicht ausreichend zur Verfügung stehen, gehen gar nicht wenige Unternehmen dazu über, gerade wegen des Arbeitskräftemangels Teile der **Produktion ins Ausland zu verlagern**. **1.10**

Wenn der aus der Vogelperspektive vorgenommene Problemaufriss scheinbar leichtfällt, **1.11** ist die Problemlösung in der **tagespolitischen Umsetzung** geradezu ein **gordischer Knoten**. In einer extrem aufgeregt und erhitzt geführten allgemeinen tagespolitischen Diskussion wird kühles und problemorientiertes politisches Handeln in der politischen Debatte aber auch bei Wahlentscheidungen nicht ausreichend von einer relevanten Mehrheit geschätzt. Es bedarf daher Intelligenz und Mut bei den Entscheidungsträgern, die richtigen Schritte in Gesetzgebung und Vollziehung zu setzen.

Viele der **möglichen Stellschrauben** würden nahe liegen, mag auch Manches realpolitisch nicht voll umsetzbar sein. **1.12**

Unverzichtbar erscheint jedenfalls eine Neustrukturierung der **Migrationspolitik** hin zu **1.13** einer gezielten Zuwanderung von qualifiziertem Fachpersonal.

Alternativlos ist mE die Förderung des nachwachsenden Humanvermögens zur Sicherstellung ausreichenden Wachstums bzw ausreichender Produktivität. Einen zentralen Platz hat dabei die Familie und damit aus Sicht des Staates die Förderung einer aktiven bevölkerungsbewussten **Familienpolitik**. Die Förderung von Familien als erste Sozialisations- und Inkulturationsinstanz sollte für die Zukunft einer Gesellschaft und Wertegemeinschaft zentral sein. **1.14**

Zentral ist aber auch die **Bildungspolitik** im Sinne einer Förderung von Bildung und Ausbildung. Nötig erscheint ein differenziertes Bildungssystem, welches eine lebenslange Bildungspflicht beinhaltet und eine grundsätzliche Leistungsorientierung als Zentrum hat. Bildung ist mehr als Ausbildung, vielmehr ein personaler Prozess. **1.15**

9783214258313
Handbuch Arbeitskräftemangel
Reinhard Resch
MANZ Verlag Wien

Jetzt bestellen

2. Kapitel

Der österreichische Arbeitsmarkt von 1945 bis 1975

Literatur: Abramovitz, Catching up, Forging Ahead and Falling Behind, *The Journal of Economic History* 1986, 2; Androsch, Zur politischen Ökonomie der österreichischen Währungspolitik, in *Fuchs/Scheithauer* (Hrsg), Das Kreditwesen in Österreich, FS Hans Krasensky (1983); Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1968) 13; Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1978) 34; Breuss, Österreichs Außenwirtschaft 1945 bis 1982 (1983); Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945 (1978); Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert (1985); Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart (1992); Butschek, Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte, WIFO (1998); Butschek, The Interplay of Formal and Informal Institutions and Economic Growth. The Case of Austria, in *Ipsen/Peukert* (Hrsg), Institutionenökonomie: Theoretische Konzeptionen und empirische Studien (2002); Chaloupek, Entwicklung und Zukunft der österreichischen Sozialpartnerschaft, in 75 Jahre Kammern für Arbeiter und Angestellte (1995); Eichengreen, Institutions and Economic Growth: Europe after World War II, in *Crafts/Toniolo* (Hrsg), Economic Growth in Europe since 1945 (CEPR 1996); Handler, Die österreichische Hartwährungspolitik, in *Abele et al* (Hrsg) Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik (1982); Henley/Tsakalotos, Corporatism and Economic Performance, Aldershot (1993); Keynes, The Economic Consequences of the Peace (1920); Kienzl, Gesamtstabilität, der Weg und das Ziel – Einkommenspolitik und Währungspolitik seit 1951, in *Weber/Venus* (Hrsg), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis (1993); Kindleberger, Europe's Postwar Growth (1967); Marin, Die Paritätische Kommission (1982); Meadows, Die Grenzen des Wachstums (1972); Nowotny, Das System der „Sozial- und Wirtschaftspartnerschaft“ in Österreich – gesamtwirtschaftliche und einzelbetriebliche Formen und Effekte, *Die Betriebswirtschaft* 1978, 2; Pizzorno, Political Exchange and Collective Identity in Industrial Conflict, in *Crouch/Pizzorno* (Hrsg), The Resurgence of Class Conflict in Western Europe since 1968 (1978); Scharpf, Economic and Institutional Constraints of Full-Employment Strategies: Sweden, Austria and West Germany (1973–1982) (hektographiert Berlin 1983); Seidel, Wachstum und Strukturwandel der österreichischen Industrie, WIFO-Monatsberichte 1974 Bd 47, 2; Seidel, Der Anschluss an das Industriesystem, in *O. Schulmeister*, (Hrsg), Spectrum Austriae (1980); Seidel, Die Stabilisierungsfunktion der Budgetpolitik, gestern – heute – morgen (hektographiert 1984); Seidel, Der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen (1993); Seidel, Österreichs Wirtschaftspolitik und der Marshallplan, in *Bischof/Stiefel* (Hrsg), 80 Dollar. 50 Jahre ERP-Fonds und Marshallplan in Österreich 1948–1998 (1999); Uher, Fortschritt und Machtspiel, in *Weber/Venus* (Hrsg), Austro-Keynesianismus in Theorie und Praxis (1993); Wenger, Zur Paritätischen Kommission. Materialien zur Sozial- und Wirtschaftspolitik (1966).

Übersicht

	Rz
I. Einleitung	2.1
II. Die Anomalien der Nachkriegszeit	2.2
III. „Wirtschaftswunder“ und Vollbeschäftigung	2.30
IV. Sozialpartnerschaft und kooperative Lohnpolitik	2.43
V. Vollbeschäftigung trotz „Strukturkrise“ – ausländische Arbeitskräfte ..	2.57

VI. Das Verschwinden der Arbeitslosigkeit im „längsten Aufschwung der Nachkriegszeit“	2.80
VII. „Erdölkrisse“ und die Wiederkehr der Arbeitslosigkeit	2.93

I. Einleitung

- 2.1** Europa erlebte zu Beginn des 19. Jahrhunderts einen epochalen Wandel. Um diese Zeit begannen Produktion und Dienstleistungen dramatisch anzusteigen. Durch die Industrielle Revolution vervielfachte sich die ökonomische Leistung und damit auch der Wohlstand in den europäischen Staaten. Die anfangs gravierenden sozialen Probleme konnten weitgehend gemeistert werden, doch verblieb die Tatsache, dass nicht alle Arbeitswilligen in den Produktionsprozess integriert werden und damit kein Arbeitseinkommen erzielen konnten, dass also Arbeitslosigkeit entstand. Das bedeutete eine permanente Herausforderung für die Politik, welche auf unterschiedliche Weise reagierte. Im Folgenden sollen Wirtschaftsentwicklung, Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik in Österreich für die Zeit von 1945 bis 1975 analysiert werden.⁴

Diese Studie beruht auf zahlreichen früheren Arbeiten des Autors. Die dort verwendeten Kennzahlen entsprechen den damals gültigen Definitionen und Schemata (und können von heutigen Berechnungen aufgrund von Systemänderungen und Revisionen geringfügig abweichen). Dies gilt sowohl für regionale (Staaten, Staatengruppen und Währungsgebiete) als auch systematische (Arbeitsmarkt, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung und Zahlungsbilanz) Bezüge. Das verwendete „Deutschland“ entspricht demzufolge der früheren Bundesrepublik Deutschland, also vor der Wiedervereinigung mit der Deutschen Demokratischen Republik. OECD-Europa umfasst jene Staaten, die im Jahr 1993 Mitglieder dieser Organisation waren.

II. Die Anomalien der Nachkriegszeit

- 2.2** Die österreichische Wirtschaft bot 1945 ein deprimierendes Bild. Der Krieg hatte schwerste Zerstörungen hinterlassen. Die meisten industriellen Produktionsanlagen waren durch Luftangriffe oder Bodenkämpfe beschädigt worden, ebenso wie große Teile des Schienen- und Straßennetzes. Kraftfahrzeuge und das rollende Material waren zum erheblichen Teil verloren gegangen, 200.000 Wohnungen waren ganz oder teilweise zerstört, viele Menschen waren umgekommen oder noch in Gefangenschaft. Die Bevölkerung, insbesondere in Ostösterreich, hungerte. Eine Million alliierter Soldaten stand im Bundesgebiet und nahm Wohnraum sowie Infrastruktur in Anspruch. Besatzungskosten waren zu entrichten. Zwischen den Besatzungszonen gab es kaum wirtschaftlichen oder privaten Verkehr.
- 2.3** Aber nicht allein der Zweite Weltkrieg hatte bewirkt, dass Österreich zu den ärmsten der europäischen Industriestaaten zählte. Die Ursachen dafür reichten weiter zurück. 1913 hatte das Durchschnittseinkommen im heutigen Bundesgebiet noch im Wesentlichen dem zentraleuropäischen Standard entsprochen, doch fiel es bis 1937 dramatisch zurück.

⁴ Zur besseren Lesbarkeit wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Es wird das generische Maskulinum verwendet, wobei beide Geschlechter gleichermaßen gemeint sind.

Im Ersten Weltkrieg wurden die Ressourcen des Landes weit stärker in Anspruch genommen als in den meisten anderen Kriegsteilnehmern, und der Zerfall der Monarchie verursachte einen deutlichen Rückgang des Außenhandels. Durch eine galoppierende Inflation bis 1922 erschüttert, vermochte sich der Staat nur allmählich von den Nöten der Kriegszeit zu erholen. Noch 1929, am Höhepunkt des Nachkriegsaufschwungs, überschritt das Bruttoinlandsprodukt jenes von 1913 nur um 5%. Das bedeutete den geringsten Zuwachs aller westlichen Industriestaaten! Aber selbst diese bescheidene Konsolidierung wurde durch die Weltwirtschaftskrise, welche Österreich in besonderem Maße traf, zunichte gemacht. 1937 erreichte das Bruttoinlandsprodukt nur 91% des Wertes von 1913. Der kurze Aufschwung nach der Annexion durch das nationalsozialistische Deutschland endete im Krieg.

Trotzdem die Voraussetzungen des ökonomischen Wiederaufbaus wesentlich schlechter schienen als nach dem Ersten Weltkrieg, da der Produktionsapparat und die Infrastruktur des Landes keinerlei direkte Zerstörungen erlitten hatten, vollzog sich der Wiederaufbau ungleich rascher und erfolgreicher. **2.4**

Zunächst erwies sich, dass die Produktionskapazitäten trotz aller Zerstörungen und Demontagen in der sowjetischen Besatzungszone infolge der umfangreichen Investitionen während des Krieges im Großen und Ganzen jenen des Jahres 1937 entsprachen.⁵ Diese ließen sich nutzen, sobald ausreichend Energie und Rohstoffe zur Verfügung standen. Weiters zeigte sich auch, dass die materiellen Schäden an den Produktionsanlagen rasch beseitigt werden konnten, weil dem Humankapital die zentrale Rolle in diesem Prozess zukam. **2.5**

Daher war für den erstaunlich raschen Wiederaufbau nicht nur die hohe Qualifikation der österreichischen Arbeitskräfte maßgebend, sondern auch das vorbehaltlose Bekenntnis der Bevölkerung zum wiedererstandenen Staat und die Entschlossenheit, seine Wiederherstellung mit aller Kraft voranzutreiben. Überdies konnte der Aufbau in einer Atmosphäre innenpolitischer und sozialer Stabilität verwirklicht werden, und schließlich war Österreich seit Kriegsende in das umfassende Konzept internationaler, vor allem U.S.-amerikanischer, Wirtschaftshilfe eingebunden. **2.6**

Im Gegensatz zur Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, als die Sieger seine ökonomischen Folgen nicht abzuschätzen vermochten,⁶ hatten die angelsächsischen Mächte schon während der Kampfhandlungen ein sehr klares Nachkriegskonzept für die internationale Wirtschaft ausgearbeitet, welches sich in umfangreichen Hilfsmaßnahmen niederschlug, wie etwa der UNRRA (United Nations Relief and Rehabilitation Administration). Dieses versorgte die europäischen Länder mit Lebensmitteln und Saatgut. Daran schlossen sich mehrere Hilfsaktionen der USA, die schließlich, auch unter dem Einfluss des beginnenden Kalten Krieges, im so genannten Marshallplan (ERP – European Recovery Program) ihre bekannteste Ausprägung fanden. **2.7**

Damit konnten zwei der schwierigsten Wirtschaftsprobleme Österreichs gelöst werden: Einerseits kam es zu keiner Passivierung der Leistungsbilanz, weil in diesen Jahren mehr als die Hälfte der österreichischen Importe aus ERP-Mitteln bezahlt wurde, andererseits **2.8**

5 Butschek, Die österreichische Wirtschaft im 20. Jahrhundert 70.

6 Keynes, The Economic Consequences of the Peace.

war es in einem verarmten Land mit niedriger Sparquote möglich, reichlich Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden Erfolge stellten sich auch ein: Das österreichische Volkseinkommen erreichte bereits 1949 den Wert von 1937.

2.9 Übersicht 1: Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts 1945 bis 1975

	Veränderung in %	1913 = 100
1945	54,8	50,2
1946	+ 15,9	58,2
1947	+ 10,3	64,2
1948	+ 26,9	81,4
1949	+ 18,9	96,8
1950	+ 12,4	108,8
1951	+ 6,8	116,2
1952	+ 0,0	116,3
1953	+ 4,4	121,4
1954	+ 10,2	133,8
1955	+ 11,5	149,1
1956	+ 6,2	158,3
1957	+ 5,8	167,6
1958	+ 3,7	173,8
1959	+ 3,1	179,3
1960	+ 8,6	194,7
1961	+ 5,3	205,0
1962	+ 2,4	210,0
1963	+ 4,1	218,5
1964	+ 6,0	231,7
1965	+ 3,0	238,7
1966	+ 5,1	251,0
1967	+ 2,8	258,1
1968	+ 4,1	268,7
1969	+ 5,5	283,4
1970	+ 6,4	301,6
1971	+ 5,1	317,0
1972	+ 6,2	336,7
1973	+ 4,9	353,1
1974	+ 3,9	367,1
1975	- 0,4	365,7

Quelle: Butschek, Statistische Reihen zur österreichischen Wirtschaftsgeschichte, WIFO (1998).

Auch der Arbeitsmarkt wurde zunächst in hohem Maße durch die Kriegs- und Nachkriegsereignisse bestimmt. Da war einmal der Verlust höchstqualifizierter Arbeitskräfte durch die Vertreibung und Ermordung von Juden, dazu kam noch die Arbeitsaufnahme von Österreichern im „Altreich“, sodass die Region nach der Volkszählung 1939 einen Wanderungsverlust von 129.000 Personen erlitt. Dazu kamen noch rund eine Million Kriegsteilnehmer, welche – soweit sie nicht gefallen waren – zunächst noch in Kriegsgefangenschaft verharrten. Andererseits war aus den Nachbarstaaten eine große Zahl von Flüchtlingen ins Land geströmt. Demnach wurde der Arbeitsmarkt nach dem Kriege eher durch – asymmetrische – Knappheit charakterisiert: Manuelle Arbeiter blieben rar, Angestelltenqualifikation hingegen war im Überfluss vorhanden. Auf diese Weise konnten gleichzeitig Arbeitslosigkeit und Arbeitskräfteknappheit entstehen.

2.10

Der Mangel an Arbeitern wurde zunächst noch dadurch verschärft, dass junge Leute entdeckten, dass durch Schwarzmarktaktivitäten mehr Geld zu akquirieren war als durch reguläres Arbeiten. Die Bundesregierung versuchte das dadurch zu verhindern, dass sie die Ausgabe von Lebensmittelkarten an eine Arbeitsbescheinigung band; allerdings ohne durchschlagenden Erfolg. Dieses Problem löste sich mit der ökonomischen Stabilisierung von selbst. Per Saldo wurde das Angebot an unselbständigen Arbeitskräften 1945 auf 1,5 Millionen geschätzt, gegenüber zwei Millionen 1937.⁷

2.11

Übersicht 2: Die Arbeitsmarktlage 1945 bis 1975

2.12

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose			Arbeitslosenquote ⁸ in %
	Veränderung			Veränderung			
	Personen	in Personen	in %	Personen	in Personen	in %	
1945	1.455.000	- 479.000	- 24,8	-	-	-	-
1946	1.742.200	+ 287.200	+ 19,7	74.000	-	-	4,1
1947	1.880.800	+ 138.600	+ 8,0	52.700	- 21.300	- 28,8	2,7
1948	1.907.200	+ 26.400	+ 1,4	54.500	+ 1.800	+ 3,4	2,8
1949	1.925.100	+ 17.900	+ 0,9	99.900	+ 45.400	+ 83,3	4,9
1950	1.927.200	+ 2.100	+ 0,1	128.700	+ 28.800	+ 28,8	6,3
1951	1.964.300	+ 37.100	+ 1,9	117.500	- 11.200	- 8,7	5,6
1952	1.919.500	- 44.800	- 2,3	156.800	+ 39.300	+ 33,4	7,6
1953	1.899.500	- 20.000	- 1,0	183.500	+ 26.700	+ 17,0	8,8
1954	1.955.300	+ 55.800	+ 2,9	163.100	- 20.400	- 11,1	7,7
1955	2.053.300	+ 98.000	+ 5,0	117.900	- 45.200	- 27,7	5,4
1956	2.115.500	+ 62.200	+ 3,0	115.100	- 2.800	- 2,4	5,2
1957	2.163.300	+ 47.800	+ 2,3	107.200	- 7.900	+ 6,9	4,7
1958	2.180.600	+ 17.300	+ 0,8	116.300	+ 9.100	+ 8,5	5,1

7 Butschek, Die österreichische Wirtschaft 1938 bis 1945, 122.

8 Arbeitslose in % des Angebots an Unselbständigen (unselbständig Beschäftigte und Arbeitslose).

1959	2.213.500	+ 32.900	+ 1,5	104.700	- 11.600	- 10,0		4,5
1960	2.258.900	+ 45.400	+ 2,1	79.300	- 25.400	- 24,3		3,4
1961	2.298.800	+ 39.900	+ 1,8	60.500	- 18.800	- 23,7		2,6
1962	2.316.800	+ 18.000	+ 0,8	61.700	+ 1.200	+ 2,0		2,6
1963	2.318.500	+ 1.700	+ 0,1	67.600	+ 5.900	+ 9,6		2,8
1964	2.339.900	+ 21.400	+ 0,9	62.800	- 4.800	- 7,1		2,6
1965	2.357.400	+ 17.500	+ 0,7	61.500	- 1.300	- 2,1		2,5
1966	2.362.500	+ 5.100	+ 0,2	56.200	- 5.300	- 8,6		2,3
1967	2.335.700	- 26.800	- 1,1	58.000	+ 1.800	+ 3,2		2,4
1968	2.315.700	- 20.000	- 0,9	61.500	+ 3.500	+ 6,0		2,6
1969	2.333.900	+ 18.200	+ 0,8	55.200	- 6.300	- 10,2		2,3
1970	2.365.100	+ 31.200	+ 1,3	45.100	- 10.100	- 18,3		1,9
1971	2.430.100	+ 65.000	+ 2,7	37.000	- 8.100	- 18,0		1,5
1972	2.487.400	+ 57.300	+ 2,4	33.200	- 3.800	- 10,3		1,3
1973	2.582.000	+ 94.600	+ 3,8	31.300	- 1.900	- 5,7		1,2
1974	2.630.100	+ 48.100	+ 1,9	35.900	+ 4.600	+ 14,7		1,3
1975	2.629.600	- 500	- 0,0	55.500	+ 19.600	+ 54,6		2,1

Quelle: Butschek, Der österreichische Arbeitsmarkt – von der Industrialisierung bis zur Gegenwart (1992).

- 2.13** Die Arbeitslosigkeit hielt sich daher in der zweiten Hälfte der 1940er-Jahre in Grenzen. Sie bewegte sich nach damaliger Berechnung (Arbeitslose in Prozent des Gesamtangebots an unselbständigen Arbeitskräften) eher unter 4%, um ab 1949 stetig anzusteigen. Während der Stabilisierungskrise 1953 erreichte sie ihren Höhepunkt mit 8,8%.
- 2.14** Die erwähnte Asymmetrie des Arbeitsmarktes bestimmte bis zu einem gewissen Grad auch die Lohnentwicklung. Insgesamt wies das Realeinkommen in den 1940er-Jahren eher einen sinkenden Trend auf, der sich jedoch bis 1955 umkehrte. Die erste dieser Perioden war durch eine starke Tendenz zur Einkommensnivellierung gekennzeichnet, die sich erst im Laufe der 1950er-Jahre änderte.
- 2.15** Zu erwähnen wären noch zwei Besonderheiten der österreichischen Wirtschaft in dieser Phase. Die Republik galt lange Zeit als das Land mit der höchsten Quote an verstaatlichter Industrie unter den westlichen Industriestaaten. Dieser Umstand ging auf die besonderen politischen Umstände der Nachkriegszeit zurück. Zwar entsprach die Verstaatlichung der so genannten „Schlüsselindustrien“ durchaus den programmatischen Vorstellungen der Sozialistischen Partei Österreichs (SPÖ), doch hätte eine Nationalisierung dieses Ausmaßes wahrscheinlich nicht ohne Weiteres die Zustimmung des Koalitionspartners Österreichische Volkspartei (ÖVP) gefunden, wenn das nicht eine spezielle politische Konstellation nahegelegt hätte.
- 2.16** Auf der Potsdamer Konferenz war 1945 den Siegermächten sozusagen als Kriegentschädigung die Nutzung des „Deutschen Eigentums“ im Ausland zugesprochen worden. Davor waren in Österreich viele Unternehmen betroffen, auch solche, deren Eigentum erst